

Arbeitslosigkeit als Gefahr für die Demokratie

Politikwissenschaftler warnt: Erwerbslose wenden sich allzuoft von der Politik ab - und die Politik von ihnen. Mit fatalen Folgen

Stephan Hermsen

Essen. Arbeitslosigkeit demoralisiert und entpolitisiert – und gefährdet so langfristig die Stabilität der Demokratie. Das ist die Schlussfolgerung des Politikwissenschaftlers Thorsten Faas. Wer arbeitslos ist, verliert das Vertrauen in die Politiker und das Interesse an politischen Fragen und zweifelt am Ende sogar an der Funktionsfähigkeit der Demokratie, so der Wahlforscher.

Eine weitere These des jungen Wissenschaftlers: Hohe Arbeitslosigkeit schadet der SPD – vor allem, wenn sie in der Regierung ist. Die SPD sei in den Milieus, in denen Arbeitslosigkeit gehäuft auftritt, eher überrepräsentiert. Deswegen schadet ihr die überdurchschnittlich hohe Wahlverweigerung der Arbeitslosen besonders. Hinzu kommen zwei weitere Faktoren: Die SPD kann nicht – wie vor 1998 – von ihrem Bonus als Oppositionspartei profitieren.

Wer als Arbeitsloser eine andere Regierung will, wick in der Vergangenheit gern nach links aus, wenn die SPD an der Regierung war. In den achtziger Jahren profitierten davon die Grünen, so Faas, und in der



Unter Arbeitslosen ist die Wahlverweigerung überdurchschnittlich hoch. Das schadet insbesondere der SPD. Foto: ddp

Gegenwart die Linkspartei. Vor allem weil durch die Hartz-IV-Gesetze das Vertrauen der Arbeitslosen in die SPD-Politik umso stärker gestört ist.

Kein Vertrauen in die SPD

Vor fünf Jahren sei es der SPD noch gelungen, von diesen Auswirkungen der Agenda 2010 abzulenken, es sei die Frage, ob das auch in diesem Wahlkampf gelingen werde. „Die Störung zwischen dieser

eher linken Bevölkerungsgruppe der Arbeitslosen und der SPD ist massiv und mit Steinmeier, Müntefering, Steinbrück sind auch noch die Leute aktiv, die damals die Agenda 2010 mit durchgesetzt haben. Das zu beseitigen, schafft man nicht in zwei, drei Monaten“, so der 35-Jährige.

Worauf fußen seine Erkenntnisse? Nun, Faas hat sich die Wahlergebnisse der letzten 30 Jahre genau angesehen und dazu soziologische Untersuchungen über die Ar-

beitslosigkeit – ein Feld, das nach seinen Angaben erstaunlich wenig beachtet wird. Trotz einer nach Millionen zählenden Gruppe wird das soziale Leben der Arbeitslosen in der Forschungslandschaft wenig beachtet.

Faas' Erkenntnisse: Zumindest in Ostdeutschland ist direkte und indirekte Arbeitslosigkeit weit verbreitet – beinahe jeder kennt jemanden, der aktuell arbeitslos ist. „In der ehemaligen DDR gab es schon 1992 eine extrem hohe Arbeitslosigkeit. Das war verheerend für die Menschen, die in einem Staat lebten, der das Arbeitsethos hochhielt und in dem es zumindest offiziell keine Arbeitslosen gab.“

Folge: Wer arbeitslos ist, fühlt sich entwertet und häufig schuldig, erfährt in vielen Fällen Skepsis aus dem sozialen Umfeld – ob er oder sie sich denn auch ernsthaft um Arbeit bemüht habe – und im politischen Raum. „Das findet sich in Formulierungen wie denen vom ‚Freizeitpark Deutschland‘. Auch in Formulierung vom ‚Fördern und Fordern‘ schwingt mit, dass jeder, der sich lange genug fordert, schon etwas findet.“

Die De-Politisierung durch

Arbeitslosigkeit hat nach Faas' Beobachtung zur Folge, dass Arbeitslosigkeit auch nur noch vordergründig politisches Thema ist. „Politiker handeln rational. Warum also sollten sie sich um eine Klientel bemühen, die ihnen keine Stimmen bringt?“, fragt der Politikwissenschaftler. Dabei seien Arbeitslose in ihrem Leben viel direkter von politischen Entscheidungen abhängig als die arbeitende Bevölkerung. Insofern sei die Abkehr der Arbeitslosen von der Politik fatal, so Thorsten Faas. NRZ

AUSGEZEICHNET

Dissertationspreis

Für seine Doktorarbeit „Direkte und indirekte Erfahrungen von Arbeitslosigkeit und ihre politischen Folgen in Ost- und Westdeutschland“ erhielt Thorsten Faas jetzt in Essen einen erstmals verliehenen „Dissertationspreis Kulturwissenschaften“ des Kulturwissenschaftlichen Instituts (KWI). Faas' Arbeit erhielt den zweiten Preis (1500 Euro). Mit dem Preis will das KWI junge Kulturwissenschaftler in der Region fördern.